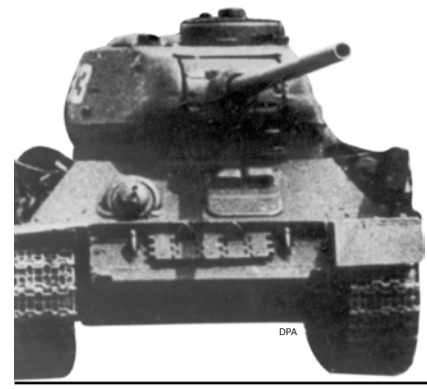


Im Jahr 1953 fuhren sowjetische Panzer in Ost-Berlin. Das hätte beinahe einen neuen Krieg provoziert.

Seiten 8,9

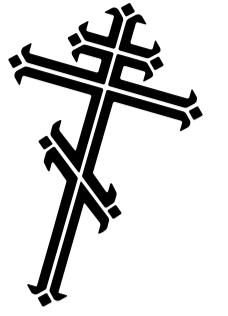


DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

Karl Schlögel erzählt in seinem monumentalen Werk die große Geschichte des russischen Berlin.

Seite 16



MAI 2019

ISSN: 2566-8668

Typisch europäisch

In der Hitze des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament haben sich in diesen Wochen die grobkörniger argumentierenden Parteien aller Populisten-Länder wieder auf die Idee Europa eingeschossen. Der Europarat mit seinen 47 Mitgliedstaaten ist kein Teil der Europäischen Union, hat aber in diesen Tagen gezeigt, wie die Kompromissfindungsmaschinerie Europa funktionieren kann. Der Ausschluss Russlands aus dem Gremium ist erst einmal abgewendet.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hatte Russland nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 das Stimmrecht entzogen. Russische Vertreter nahmen seitdem



Lutz Lichtenberger, Redakteur

nicht mehr an den Sitzungen teil, Moskau stellte 2017 die Zahlungen an den Europarat ein. Aber die älteste europäische Nachkriegsorganisation steht ebenso für die weniger pathetische als vielmehr praktische und erfahrungssatte Überzeugung, dass es eines den Kontinent umspannenden, nicht endenden Dialogs bedarf.

Dankenswerterweise gelang dem Ministerkomitee unter finnischer Präsidentschaft Mitte Mai, ein neues Verfahren für Fälle zu entwickeln, in denen ein Mitgliedsstaat „seine Verpflichtungen aus den Statuten verletzt oder die Standards und fundamentalen Prinzipien und Werte verletzt, die der Europarat für sich in Anspruch nimmt“. Die spezifischen Mechanismen für künftige Sanktionen werden in den entsprechenden Gremien ausgehandelt, typisch europäisch.

Die Außenminister einigten sich in Helsinki aber mit Blick auf Moskau auch darauf, in Russland unter staatlichem Druck stehende Nichtregierungsorganisationen in Zukunft stärker in die Arbeit des Rats einzubeziehen. Der Rat soll sich außerdem entschiedener für die Zivilgesellschaft einsetzen, sowie Menschenrechtsaktivisten in den Mitgliedsländern schützen und unterstützen.

Vielleicht reicht das noch nicht aus. Aber die andere Seite der klassisch europäischen Methode des geschäftigen Weiterwursteln ist die oft unterschätzte *soft power* der Idee Europa: Wir bleiben im Gespräch, wir suchen immer weiter nach Annäherung.

#09

ANSPRUCHSHALTUNG

Donald Trump verlangt zwei Prozent für die Nato, Deutschland zögert. Artem Sokolov hat dafür Verständnis.

Seite 5

ARMUTSZEUGNIS

Die Leipziger Ausbildungsstätte für Russisch-Dolmetscher steht auf der Kippe. Winfried Mahr durchleuchtet einen kurzfristigen Sparbeschluss.

Seite 11

HORIZONTERWEITERUNG

Der Schriftsteller Jewgeni Wodolaskin spricht über seine Studienjahre in Deutschland und das Fremde im Eigenen.

Seite 12



NEUE PER SPEK TIVEN

Freddie Röckenhaus feiert in seinem Film „Russland von oben“ die atemberaubende Schönheit des Landes (Seite 14). Nahaufnahmen aus Politik, Gesellschaft und Geschichte zeigen ein Bild des Landes auf allen Ebenen (Seiten 6, 7 und 13)

Geisel der Hoffnung

Wolodymyr Selenskyjs Sieg in der Ukraine ist eine Herausforderung nicht nur für ihn selbst und sein Land, sondern auch für Russland

VON VIKTOR LOSCHAK

Einer der Einfälle aus Petro Poroschenkos Wahlkampfteam waren massenhafte Anrufe bei ukrainischen Mobilfunkkunden: Die Stimme Poroschenkos rief sie in die Wahllokale und forderte sie auf, für die Zukunft der Ukraine zu stimmen. Zum Leidwesen des Verlierers verband die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler die Zukunft nicht mit seiner Person. Die Älteren, weil die sozialpolitischen Rezepte des IWF sie am schmerzlichsten trafen – die Kosten für Wohnraum und kommunale Leistungen allein übertrafen bei vielen die Renten. Die Jungen wiederum stimmten für Wolodymyr Selenskyj als Repräsentanten ihrer eigenen Generation, welche die UdSSR nicht mehr kennengelernt und westliche Werte angenommen hat.

Die Repräsentanten des Westens selbst wiederum haben sich, milde ausgedrückt, mit diesen Wahlen verrechnet. Angela Merkel, die Poroschenko offen unterstützte, hat Selenskyj nicht einmal empfangen, womit sie ihre Eier nicht nur in einen einzigen Korb legte, wie man in der Ukraine sagt, sondern gleich in einen Korb ohne Boden. Als die Kanzlerin sich ins Spiel brachte, war der Ausgang der Wahl fast schon klar. Auch Trumps Sonderbeauftragter Kurt Walker setzte sich für Poroschenko ein: „Er hat mehr als jeder andere in den letzten 20 Jahren für die Reformen in der Ukraine getan, und er leistet Putin Widerstand.“ Es half nichts.

Selenskyjs Alter-Ego im Fernsehen, der Präsident Holoborodko, ist zweifellos ehrlich. Folglich muss ja auch der Schauspieler selbst ehrlich sein. „Selenskyj hat das Image des Kämpfers gegen das System eins zu eins aus der Kunst ins Leben übertragen“, umschreibt ein Politologe dieses Phänomen ziemlich präzise.

Diese ganze Logik hat der 40-jährige Showman mit der schweren Last der Hoffnung seines Landes verklämmert. Er hat ja selbst praktisch ununterbrochen davor gewarnt: „Kam bin ich hier her geworden, habt ihr alle ein super Leben, klar ist das Populismus reinsten Wassers!“ Aber er hat es eben doch versprochen. Und das, was er nicht versprochen, haben die Wähler für ihn dazugedichtet.

Den Umfragen nach erwarten 39 Prozent der Wähler von Selenskyj eine Senkung der Tarife für die kommunalen Dienste, 36 Prozent die Abschaffung der Immunität der Abgeordneten, Richter und des Präsidenten, 32 Prozent neue Antikorruptionsermittlungen. Ohne dies hätte eine populistische Strategie bei der großen Masse der Bevölkerung keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Allerdings muss man zugestehen, dass Selenskyj von dem Moment an, da er, für viele überraschend, seine Ambitionen in Form einer Neujahrsansprache des Präsidenten am 31. Dezember 2018 bekanntgab, einen Prozess rascher politischer Reifung durchlaufen hat.

Um sich bei den Wählern zu revanchieren, kündigte Selenskyjs Team

Allerdings muss man zugestehen, dass Selenskyj einen Prozess rascher politischer Reifung durchlaufen hat

schon die ersten Gesetze an, die das neue Staatsoberhaupt noch vor der Wahl des neuen Parlaments einbringen werde. Darüber hinaus erklärte der Leiter des Wahlkampfteams, Dmitrij Rasumkow, in dem alle schon den Chef der neuen Präsidentschaft sehen, ohne jede Panik: Wenn es mit diesen Abgeordneten nicht klappt, dann eben mit den nächsten.

Vor allem geht es um Gesetze über das Impeachment und die Regelung der Abberufung und Aufhebung der Immunität des Präsidenten, der Abgeordneten und der Richter. In dem regierenden „Block Pjotr Poroschenko“ nennt man diese Gesetze „poppig“, aber man weiß, dass sie unvermeidbar sind. In Selenskyjs erstem Gesetzespaket, schreibt die ukrainische Zeitung *Nowoje Wremja* (Neue Zeit), soll es offenbar ein Gesetz zur Migration geben, also zu alternativen Möglichkeiten der Streitschlichtung; des weiteren ein ökonomisches Paket mit Gesetzen über eine fünfprozentige Steueramnestie, die Besteuerung ausgeführten Kapitals, die Einrichtung einer Finanzermittlungsbehörde und vor allem ein Gesetz über die Einfüh-

rung eines Markts für Grund und Boden.

Eben dort kommt es zur ersten Schlacht. Seit vielen Jahren wettet die ukrainische Agrarlobby gegen alle Versuche, „die Heimat zu verscherbeln“, und konnte damit ein solches Gesetz bisher immer blockieren. Und jetzt ist es keinesfalls leichter geworden, dieses Gesetz zu verabschieden, denn wenn man die aktuelle Liste der „100 reichsten Personen der Ukraine“ betrachtet, wird man erstaunt feststellen, wie viele Millionäre es unter den Erzeugern und Verarbeitern landwirtschaftlicher Produkte gibt. Gerade der Agrarsektor entwickelte sich nach den Ereignissen im Donbass zum Motor der Realwirtschaft. Die Ukraine exportiert jährlich Lebensmittel im Wert von fast 18 Milliarden Dollar. Den Boden haben die großen landwirtschaftlichen Holdings unter sich aufgeteilt, und sie haben nicht die Absicht, ihre Position aufzugeben.

Aber weder die neuen Gesetze noch die bisher nur vereinzelt Äußerungen Selenskyjs erklären, wie er die Ukraine zu einem Land mit hohen Renten und Löhnen, hervorragenden Straßen und niedriger Korruption machen will. Denn nur in ein solches Land werden jene Ukrainer zurückkehren wollen, welche die Chance der offenen europäischen Grenzen so rasch ergriffen haben.

Über die Notwendigkeit, die Migrationsbewegung umzukehren, hat Selenskyj wiederholt gesprochen. Aber wenn die Arbeitsmigranten zurückkehren würden, bleibt fraglich, aus welchen Quellen das Land die 10 Milliarden Dollar kompensieren könnte, welche die Expats jedes Jahr an Devisen nach Hause überweisen. Allein 2018 war Polen mit 33,6 Prozent der größte Devisenlieferant der Ukraine, dahinter folgten mit großem Abstand Russland, die USA, Italien und Tschechien.

Die Hoffnungen, die auf Selenskyj gesetzt werden, decken sich nur schwerlich mit den Möglichkeiten, die der neue Präsident hat: Er soll den Krieg beenden, in dem in der Ukraine 10 000 Menschen schon allein ohne

Sand in der Röhre

Nord Stream 2 ist zum europäischen Politikum geworden

VON ERIC BONSE

Den Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 hatten Berlin und Moskau stets als rein kommerzielles Projekt ohne Hintergrundgedanken präsentiert. Im Europawahlkampf ist es endgültig zum Politikum geworden. Es geht um strategische Interessen, Marktanteile und die Macht in der EU. Polen und Baltien befürchten eine zunehmende Abhängigkeit von russischem Gas. Die Ukraine stimmt sich gegen das Projekt, weil sie ihre strategischen Interessen als Transitland für Gas gefährdet sieht. Auch die USA machen Druck – nicht zuletzt, um mehr Flüssiggas von amerikanischen Anbietern in den europäischen Markt zu pressen.

Im April wurde Nord Stream 2 sogar überraschend zu einem Thema im Europa-Wahlkampf. Der konservative deutsche Spitzenkandidat Manfred Weber (CSU) wandte sich in einem Interview mit der *Polska Times* gegen das Vorhaben. Einen Tag vor dem Start seiner Wahlkampagne in Athen griff Weber, der mit schlechten Werten in den Umfragen zu kämpfen hatte, die Argumente der Osteuropäer auf.

Die Pipeline liege „nicht im EU-Interesse“, erklärte der Mann, der Nachfolger von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden möchte. Sollte er an die Spitze der Brüsseler Behörde gewählt werden, so werde er alle möglichen Rechtsmittel gegen Nord Stream 2 einlegen. Damit setzte sich Weber von seiner eigentlich verbündeten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ab, die den Bau der Pipeline unterstützt und unbeirrt vorantreibt.

Dies hat für Verwirrung gesorgt – nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel. In der deutschen Hauptstadt stellte sich ein Teil der Regierungspartei CDU hinter Weber, während die Regierung weiter an Nord Stream 2 festhält. In der europäischen Kapitale hingegen wurde die Frage aufgeworfen, warum die EU nicht schon jetzt „alle möglichen Rechtsmittel“ nutzt, um das Projekt zu stoppen.

Kommissionspräsident Juncker hält sich ebenso bedeckt wie

der zuständige Energiekommissar Miguel Arias Cañete. Dabei bietet die erst im April verabschiedete europäische Gasrichtlinie im Prinzip durchaus eine Handhabe. Sie legt nunmehr fest, dass auch Gaspipelines aus Drittstaaten wie Nord Stream 2 dem EU-Recht unterliegen. Das heißt, dass Gasproduktion und Netzbetrieb getrennt werden müssen.

Der russische Zulieferer Gazprom wird damit in seinen Rechten beschnitten. Neben der Trennung von Produktion und Betrieb gilt künftig auch eine Transparenzpflicht bei der Preisgestaltung. Zudem muss die Pipeline auch von Dritten nutzbar sein. Allerdings geht der Eingriff aus Brüssel nicht so weit, wie sich dies viele Kritiker in Osteuropa oder im Europaparlament gewünscht hätten.

Für die Kontrolle der Regeln ist nämlich ausgerechnet jenes Land zuständig, in dem die Röhre auf EU-Gebiet stößt: Deutschland. Die EU-Kommission kommt erst bei Streitfällen zum Zug. Zudem sieht die Gasrichtlinie vor, dass Ausnahmen möglich sind – sowohl für bestehende als auch für neue Gasleitungen. Darauf beruft sich nun die Nord Stream 2 AG. Sie fordert eine Sonderregelung.

Nach Angaben der Betreibergesellschaft sind bisher gut 1000 der insgesamt 1230 Kilometer langen Leitung durch die Ostsee verlegt. Bereits Ende 2019 soll Gas durch die knapp zehn Milliarden Euro teure Röhre strömen. Sollte die EU-Kommission diesen Plan durchkreuzen und keine Ausnahme genehmigen, so will Nord Stream-Geschäftsführer Matthias Warnig vor Gericht ziehen.

Für die EU-Kommission ist es also gar nicht so leicht, das Projekt noch aufzuhalten. Sollte sie es versuchen, so droht ein jahrelanger Rechtsstreit. „Es kann nicht darum gehen, das Pipelineprojekt zu stoppen“, räumte der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) ein, der früher selbst für die Energiepolitik zuständig war. Allenfalls könne

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung *Kommersant* bei.

П Е Т Е Р Б У Р Г С К И Й
Д И А Л О Г

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

FORTSETZUNG AUF SEITE 10

Wolgasts Herz schlägt wieder kräftiger

Der Exportstopp für Patrouillenboote für Saudi-Arabien hat die auf Befehl der sowjetischen Militäradministration gegründete Peene-Werft getroffen, nun hat sie wieder Aufträge – von der Bundesmarine

VON CORNELIA MEERKATZ

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„SAND IN DER RÖHRE“

Brüssel noch ein wenig Sand ins Getriebe streuen.

Dies gilt vor allem für Entscheidungen der deutschen Regulierungsbehörde. Was auch immer die Bundesnetzagentur zu Nord Stream 2 festlege, werde „von der EU-Kommission überprüft – und bedarf ihrer Zustimmung“, sagte Oettinger. Er erwarte „noch einige interessante Debatten“, doch grundsätzliche Bedenken habe er keine mehr.

Auch in Berlin glaubt man, dass die Pipeline wie geplant 2020 in Betrieb gehen kann. Der zuständige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erklärte, er gehe davon aus, dass sie auch unter den neuen Bedingungen – also der EU-Gasrichtlinie – realisiert werden könne. Selbst mit der US-Regierung hat sich Berlin inzwischen verständigt. So sollen neue Flüssiggas-Terminals gebaut werden, um auch Gas aus US-Produktion zu importieren.

Die Einigung wird sogar auf EU-Ebene flankiert. So organisierte Energiekommissar Cañete eine Konferenz in Brüssel, die ausschließlich dem Zweck diene, den Import von amerikanischem Flüssiggas zu erleichtern. Einge-laden waren die Chefs von ExxonMobil, BP oder Total, aber auch US-Energieminister Rick Perry. Schon in den vergangenen Monaten hätten sich die Importe mit einem Plus von 272 Prozent fast verdreifacht, hieß es.

Auch dies spricht dafür, dass die EU im Streit um die Gasimporte eine gültige Einigung anstrebt. Die USA sollen über die großzügige Förderung von Flüssiggas besänftigt werden, Russlands Gasmonopolist Gazprom wird durch die neue EU-Gasrichtlinie an die Leine gelegt. Zudem wurde der Ukraine zugesichert, dass sie in der brisanten Frage des Gas-Transits weiter auf Unterstützung setzen kann.

Zumindest bis zur Europawahl dürfte dies genügen, um die Gemüter zu beruhigen. Auch Spitzenkandidat Weber kann mit diesem Zwischenstand zufrieden sein. Denn sein Vorstoß hat die gewünschte Wirkung erzielt und für Aufmerksamkeit in Osteuropa gesorgt. Ob sich dies an der Wahlurne auszahlt, steht auf einem anderen Blatt. Im Zweifel dürften die Wähler eher auf Merkel hören – und daraus schließen, dass Nord Stream 2 weiterverfolgt wird, so oder so.

Allerdings hat auch die Kanzlerin in diesem Streit einige Federn lassen müssen. So konnte sie ihre ursprüngliche Argumentation nicht halten, wonach die Gaspipeline völlig unpolitisch sei und die EU nichts angehe. Das „rein kommerzielle“ Projekt hat sich als hoch politisch erwiesen; vor allem Polen und die USA haben es in den neuen kalten Krieg mit Russland hineingezogen.

Das ist ein Dämpfer für Merkel – genau wie die neue Gasrichtlinie. Denn ursprünglich wollte die Kanzlerin die Pipeline am EU-Recht vorbei bauen lassen. Alle Bedenken aus Brüssel wischte sie ungerührt beiseite. Erst als Frankreich protestierte und damit drohte, Deutschland eine Abstimmungs-niederlage im Ministerrat zu bescheren, schwenkte die Bundesregierung auf Kompromisskurs ein.

„Die Abhängigkeit vom russischen Gas machte uns Sorgen“, sagte ein Mitarbeiter von Staatschef Emmanuel Macron nach der Einigung. „Deshalb war für uns eine europäische Kontrolle wichtig.“ Die spannende Frage wird nun sein, wie streng diese Kontrolle ausfällt. Die nächste EU-Kommission könnte die Regeln strikter auslegen als bisher. Allerdings kommt sie erst im November ins Amt – und dann dürfte es schon zu spät sein, Nord Stream 2 noch zu stoppen.

Eric Bonse ist Politologe und Publizist. Er arbeitet als Korrespondent in Brüssel.



Hans-Dietrich Genscher sagte einst in Sachen Waffenexporte an Staaten, deren Menschenrechtspolitik fraglich sei, „alles was schwimmt, geht“: Patrouillenboote für Saudi-Arabien.

Auf der Peene-Werft Wolgast wurde am 25. April die erste von fünf Korvetten einer neuen Serie der K130-Klasse auf Kiel gelegt. „Die Deutsche Marine braucht die Korvetten dringend“, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf einer Feier zum Montagebeginn des Schiffsrumpfs Mitte Mai. „Wenn wir Soldaten in gefährliche Einsätze schicken, müssen sie optimal und modern ausgestattet sein.“

Die Korvetten der ersten Serie hätten sich bewährt – im Mittelmeer, bei Nato-Einsätzen und Übungen. Von der Leyen ist sich sicher, dass aus Wolgast hervorragende „Arbeitspferde“ kommen, wie die Korvetten genannt werden. Die Peene-Werft, die zur Lürssen-Gruppe gehört, nannte sie einen zuverlässigen Partner. „Diese Werft steht wie kaum eine andere für den Begriff von exzellenter Arbeit „made in Germany“.“

Beim Bau der fünf neuen Korvetten hat die Lürssen-Werft Bremen die Federführung. Auftragnehmer ist eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE K130) aus Lürssen und den Unternehmen Thyssenkrupp Marine Systems und German Naval Yards. Die Schiffe werden in Bremen, Wolgast, Kiel und Hamburg gefertigt. In Wolgast werden die Hinterschiffe gebaut, die in Hamburg mit den Vorschiffen aus Bremen und Kiel beim „Hochzeitsstoß“ vereinigt werden. Von 2022 an soll jährlich ein Boot ausgeliefert werden. Nach einer Erprobungszeit werden die Soldaten von der Leyen zufolge von 2024 an damit in See stechen. Heimathafen wird Rostock-Warnemünde sein. Der Auftrag habe samt Waffensystemen ein Gesamtvolumen von mehr als 2,5 Milliarden Euro.

Die Peene-Werft hat gerade eine schwere Zeit erlebt. Sie hatte einen Auftrag zum Bau von 35 Patrouillenbooten für Saudi-Arabien. Aber nach dem Mord an dem regimiekritischen saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 stoppte die Bundesregierung Rüstungsexporte in das Land. Davon betroffen waren auch die in Wolgast gefertigten Patrouillenboote. Auf Drängen des Koalitionspartners SPD hat die Bundesregierung den Exportstopp bis Ende September verlängert. Die Peene-Werft musste daraufhin zu Jahresbeginn knapp ein Drittel der 300 Be-

schäftigten in Kurzarbeit schicken. Die Kurzarbeit läuft Ende Mai regulär aus.

Doch nun konnte Wolgasts Bürgermeister Stefan Weigler (parteilos) von einem guten Tag für die Stadt, ihre Familien und die 13 000 Einwohner sprechen. Die Folgen der Kurzarbeit könnten nun abgemildert werden. „Kompensiert wird der Verlust aber nicht“, so Weigler.

Das Unternehmen Lürssen zieht dennoch gegen die Bundesregierung vor Gericht und hat ein Eilverfahren vor der 4. Kammer des Berliner Verwaltungsgerichts angestrengt. Am Produktionsstandort in Wolgast liegen mindestens sechs fertige Boote zur Auslieferung bereit, auch das Trainingsboot ist fertiggestellt. Wegen des Exportstopps kann Lürssen jedoch seinen Lieferverpflichtungen nicht nachkommen und hat die Serienproduktion gestoppt. Der Auftrag umfasst insgesamt um die 35 Boote, 15 davon hat Saudi-Arabien bereits erhalten.

Das Gericht, so ein Sprecher, will bei einem Erörterungstermin die Möglichkeit eines Vergleichs ausloten. Es geht um Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe. Die große Koalition in Berlin hatte der Peene-Werft Hilfe in Aussicht gestellt. Die SPD hat vorgeschlagen, andere Abnehmer für die bereits fertigen Boote zu suchen, etwa die Marine oder den Zoll.

Die Peene-Werft blickt auf mehr als 70 Jahre Geschichte zurück. Sie wurde am 7. Juni 1948 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration in Deutschland gegründet (Befehl Nr. 103) und sollte zunächst nur Schiffe für die Fischereiflotte bauen. Sie gingen als Reparationsleistung in die damalige Sowjetunion. Von 1954 an verzichtete die Sowjetunion auf die ursprünglich bis 1965 zu leistenden Reparationen aus der DDR. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden rund 150 Fischereischiffe abgeliefert. Ab 1. Januar 1954 zählten die sowjetischen Aufträge dann als Exportproduktion. Schon damals begann der Marineschiffbau Wolgast – wohl auch

deshalb, weil die Kleinstadt als abgeschiedenes Nest im äußersten Nordosten galt, inklusive schlechter Versorgung mit allem, was man zum Leben brauchte. Dadurch musste niemand sich sorgen, dass allzu neugieriger Besuch dort auftauchte.

Laut offiziellen Unterlagen nahm die Peene-Werft am 20. Juni 1951 den Neubau von Marineschiffen auf, also nur drei Jahre nach ihrer Gründung. Von Ende der 1950er Jahre an wurden Küstenschutzschiffe (Zerstörer), U-Boot-Jäger, Minenleg- und Räumschiffe sowie Torpedoschnellboote gebaut. Möglich war das dank der innovativen Leistungen der Schiffbauingenieure. Sie entwickel-

Die Peene-Werft blickt auf mehr als 70 Jahre Geschichte zurück. Sie wurde am 7. Juni 1948 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration in Deutschland gegründet und sollte zunächst nur Schiffe für die Fischereiflotte bauen

ten in Wolgast den Leichtbau. Dahinter verbargen sich spezielle Aluminiumlegierungen in Verbindung mit Stahl höherer Festigkeit.

Neben dem Marineschiffbau produzierte die Werft weiter Fischereischiffe. Großen Ruhm erwarb die Peene-Werft Mitte der 1960er Jahre mit ihrem Zubringer-Trawler, den sie sowohl für das Fischkombinat Rostock als auch für das Murmanner Fischkombinat baute. 1968 präsentierten die Wolgaster erstmals ein solches Spezialschiff auf der internationalen Fischereiausstellung in Leningrad. Das Schiff fand bei Fischereifachleuten und Schiffbauexperten aus aller Welt großes Interesse.

Zeitgleich gab es bei den Regierenden in der DDR die Überlegung, künftig die Kampfschiffe der Volksmarine aus der Sowjetunion zu importieren. Der Gedanke wurde letztlich verworfen, auch weil sich die sowjetische Rüstungsindustrie angesichts ihres eigenen großen Nachholbedarfs ge-

genüber der Nato dazu nicht in der Lage sah.

So wurden in Wolgast bis zur Wende 1989 weiter Marineschiffe für die DDR und die Sowjetunion gebaut und instandgesetzt, darunter auch die aus der Sowjetunion importierten Raketenschnellboote. Allein für die Instandsetzung liefen jährlich 50 bis 40 Schiffe die Peene-Werft an. Die vielen Aufträge sorgten dafür, dass die Belegschaft bis dahin auf 4000 Mitarbeiter angestiegen war.

Mitte der 1980er Jahre wurde auf der Werft in Wolgast das erste dort entwickelte Raketen-Artillerie-Schnellboot für die DDR gebaut, das in der Ostsee eingesetzt werden sollte. Auch die Sowjetunion bestellte mehrere dieser Hochleistungsschiffe in modifizierter Form. Der Leiter der russischen Bauaufsicht, Kapitän zur See N. V. Grinevic, bezeichnete das Schiff als „wohl das Mächtigste seiner Klasse“. Damit sollte die Bundesmarine

deutlich überboten werden – und hat es auch, wie eine kurz nach der politischen Wende im Frühjahr 1990 inoffizielle Werftfahrt der beiden Schiffstypen aus Ost und West bewies.

Doch mit dem Zusammenführen der beiden deutschen Staaten dank der mutigen Entscheidungen vom Michail Gorbatschow zogen für die Mitarbeiter der Peene-Werft dunkle Wolken auf. Zunächst teilte im Juli 1990 die UdSSR mit, dass sie keine weiteren Serienschiffe des Raketen-Artillerie-Schnellboots mehr bestellen werde. Von den acht Schiffen, die bereits im Bau waren, sollten immerhin noch fünf als Raketen-Schiffe fertiggebaut werden.

Am 11. September 1990 kündigte dann das Verteidigungsministerium in Berlin sämtliche Marineaufträge – ein schwarzer Tag für die Peene-Werft. Dem damaligen Direktor und späteren Geschäftsführer Herbert Gerstmann ist es zu verdanken, dass schnell wenigstens teil-

weise Ersatz gefunden wurde: Die Peene-Werft baute für einen Reeder aus Emden Küstenmotorschiffe.

Allerdings ging der Start in die Marktwirtschaft auch mit einer Entlassungswelle von Mitarbeitern einher. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten verloren ihren Arbeitsplatz, sodass in Wolgast die Arbeitslosenzahlen extrem stiegen.

Im Frühjahr 1992 wurde die Peene-Werft von der Treuhandgesellschaft an die Bremer Hegemann-Gruppe verkauft. Hegemann ließ innerhalb von zwei Jahren eine neue Kompaktwerft mit modernster Technik errichten. Zur Einweihung 1994 kamen 5000 Gäste und Besucher. In Wolgast wurden Küstenmotorschiffe, Spezialschlepper, Mehrzweckfrachtschiffe für deutsche Reeder und für China und auch wieder Fischereischiffe für Murmansk gebaut. Außerdem gab es zahlreiche Aufträge zum Bau von Spezialschiffen, unter anderem für das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. Auch die Türkei bestellte Containerschiffe.

2010 verschmolzen die Peene-Werft Wolgast und die Volkswerft Stralsund zur P + S Werften GmbH. Die Wolgaster Beschäftigten waren darüber sehr unglücklich, denn sie sahen ihren guten Ruf gefährdet, fühlten sich von Stralsund „untergebuttert“. Sie sollten Recht behalten. Der Werftenverbund existierte nur vier Jahre, 2012 geriet er in extreme Schieflage, weil mehr als 200 Millionen Euro zur Fertigstellung von Aufträgen fehlten. Die Politik lehnte es ab, weitere Millionen-kredite zu finanzieren. Insolvenz und erneute große Arbeitslosigkeit waren die Folge.

Anfang 2013 übernahm die Bremer Lürssen-Gruppe die Peene-Werft. Seitdem gibt es in Wolgast wieder Marineschiffbau wie in alten Zeiten – und zwar nicht nur im Reparatursektor, sondern auch im Neubau. Die 300 Beschäftigten und ihre Familien, aber auch mindestens 1500 Mitarbeiter von Zulieferern oder Dienstleistern, haben wieder eine gesicherte Perspektive.

Cornelia Meerkatz ist Leiterin der Lokalredaktion Zinnowitz der Ostsee-Zeitung.